

ZUM THEMA

Bildung im Wahljahr

Bildung wird seit den eindringlichen politischen Voten der letzten Jahre – nicht zuletzt seit dem »Bildungsgipfel« vom Oktober 2008 (vgl. EB 4/08) – als Megathema gehandelt. Daher wäre ihr für das Superwahljahr 2009 ein prominenter Platz auf der politischen Agenda sicher gewesen, hätte nicht die Finanz- und Wirtschaftskrise die Geschäftsordnung der Republik durcheinandergerewirbelt. Das Bildungsthema rangiert beim Wahlkämpfen natürlich weiter auf den vorderen Plätzen, auch wenn es jetzt nicht zu den heiß umkämpften Streitfragen wie Steuer- oder Arbeitsmarktpolitik gehört. Hier ein kleiner Rundgang durchs parteipolitische Gelände (Stand: Mitte Mai), die Bildung allgemein und die Weiterbildung im Besonderen betreffend.

Angesichts der Krise

Priorität haben bei der öffentlichen Debatte – seit der Aufregung über PISA, seit den Diagnosen der Bildungsarmut, Bildungsgerechtigkeit und mangelhaften Bildungsfinanzierung – Schule, Hochschule und berufliche Qualifizierung. Die allgemeine Weiterbildungspolitik dagegen ist, wie Peter Faulstich schreibt (s.o. seinen Beitrag), seit Längerem durch »rasenden Stillstand« gekennzeichnet: »Man spricht lauter, um nicht handeln zu müssen.« Groß angekündigte Maßnahmen wie die Föderalismusreform haben hier keine Verbesserung erbracht; im Gegenteil, die Abstimmung von Bund und Ländern bei der Bildungsplanung wurde behindert – eine Entwicklung, die im Frühjahr 2009 u.a. zu einem Vorstoß der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag führte (BT-Drucksache 16/12687), im Bildungsbereich das weitreichende Kooperationsverbot zwischen Bund, Ländern und Kommunen wieder aufzuheben. Nach der Anhörung im Bildungsausschuss des

Deutschen Bundestages Mitte Mai scheint sich hierfür eine Mehrheit herauszubilden. Im Rahmen des Konjunkturpakets II gibt es jetzt auch, wie vom Bundesausschuss Politische Bildung und anderen Organisationen gefordert (vgl. EB 1/09), Mittel für die (Weiter-) Bildung. Wichtig ist zudem, dass dabei die freien Träger einzogen und die Investitionen nicht auf bauliche Maßnahmen beschränkt werden.

So bringt die krisenhafte Wirtschaftslage vielleicht doch das Eine oder Andere in Gang. Die große Koalition hat sich etwa dafür ausgesprochen, dass Kurzarbeiter in Deutschland die Wirtschaftsflaute zum Lernen nutzen sollen. »Wir wollen die Krise nicht einfach überstehen. Deutschland soll aus dieser Krise stärker und zukunftsicher herauskommen, als es hineingeht«, hat Kanzlerin Merkel bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt (DIE ZEIT, 18/09). »Doch passende Bildungsangebote sind knapp«, hielt die »DIE ZEIT« dagegen und spottete: »Die Bundeskanzlerin würde gern alle Belegschaften mit Auftragsproblemen in einen kollektiven Bildungsurlaub schicken.« Es ist in der Tat nicht unrealistisch, dass Weiterbildung als Lückenbüßer passgenau da in die Bresche springt, wo Betriebe wirtschaftliche Probleme haben; es wäre bildungspolitisch auch fatal, wenn der Weiterbildungsbereich darauf festgelegt würde, mit einer Bildungsoffensive für Kurzarbeiter den Wissensstand in den Betrieben zu steigern, bis der Laden wieder läuft. Genau solche »Visionen« bestimmen aber allzu oft den Stellenwert der Weiterbildung – in den Innovationsankündigungen der letzten Jahre wie aktuell in den Positionierungen, die die Parteien mit ihren Wahlprogrammen vornehmen. Aber wer liest schon Wahlprogramme? Der Wähler nicht! Diese fatalistische

Konjunkturprogramm II stärkt Weiterbildung

Den Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz sowie den Mitgliedseinrichtungen der anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung sind im Rahmen des Konjunkturprogramms II Förderungen für 128 Vorhaben mit einer Gesamthöhe von rund 3,4 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln in Aussicht gestellt worden. Einschließlich des Eigenanteils werden dadurch Investitionen in Höhe von rund 3,8 Millionen Euro ermöglicht. Mit den Fördermitteln können die Weiterbildungseinrichtungen Bausanierungsmaßnahmen mit einem Schwerpunkt auf energetischer Sanierung durchführen. Ein weiterer Förderschwerpunkt liegt auf der Neuanschaffung bzw. Aufrüstung von IT- bzw. bildungsbezogener Ausstattung in den Einrichtungen, die überwiegend für Zwecke der Weiterbildung genutzt werden.

»Angesichts der ständig wachsenden Notwendigkeit zu kontinuierlicher Weiterbildung leistet das Konjunkturprogramm II einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und zum Ausbau einer leistungsfähigen und flächendeckenden Weiterbildungsinfrastruktur in Rheinland-Pfalz«, erklärte dazu Weiterbildungssministerin Doris Ahnen. Die Landesregierung habe sich in den Verhandlungen mit dem Bund und den anderen Ländern erfolgreich dafür eingesetzt, dass auch kirchliche und freigemeinnützige Träger an den Maßnahmen des Konjunkturprogramms II partizipieren können. Dies sei für den Weiterbildungsbereich mit seiner pluralistischen Struktur von besonderer Bedeutung.

Einsicht hat die politische Jugend- und Erwachsenenbildung schon immer angespornt, entschieden dagegen zu halten und das Publikum, sofern erreichbar, für eine Auseinandersetzung mit der politischen Programmatik zu gewinnen, statt es dabei zu belassen, dass die verehrten Wähler und Wählerinnen aus dem Bauch heraus eine Wahl zwischen den Köpfen auf den Plakaten treffen. Man muss jedoch feststellen, dass diese Art der personalisierenden Bekanntmachung – heute um Fernsehen und Internet ergänzt – für die Parteien eindeutig Vorrang besitzt, und angesichts der mittlerweile angebotenen Wahlalternativen scheint es auch angemessen, auf »Tatkraft und Entschlossenheit«, wie ein alter CDU-Slogan hieß, oder ähnliche Persönlichkeitsmerkmale der KandidatInnen zu setzen, passender jedenfalls als der Versuch, dem Wahlvolk mit programmatischen Festlegungen zu kommen, die dann unter Umständen am Jahresende dem Koalitionspoker oder anderen Wechselfällen des Politikbetriebs sang- und klanglos zum Opfer fallen.

Dem Trend zur bunten medialen Präsentation bleiben die Parteien treu: Internetauftritte, Podcasts, Twitter – die neuen Kanäle und Formate werden zunehmend genutzt. Die CDU/CSU macht Wahlkampf bei YouTube, FDP oder SPD bieten eigene Websites, die Videos, Chats oder anderes aus der Wunderwelt des Netzes vorrätig halten (www.deutschlandprogramm.de, www.frankwaltersteinmeier.de) etc. Da gerät die altmodische Programmarbeit etwas ins Hintertreffen. Im Superwahljahr 2009 versuchte die SPD jetzt besondere Punkte damit zu machen, dass sie bereits im April vorpreschte und ihren Programmenvorschlag beschloss. Die anderen großen Parteien steckten Mitte Mai noch in der Detailabstimmung, bei CDU und CSU standen sogar Differenzen im Vordergrund. »Während die SPD Geschlossenheit demonstriert, streitet die Union heftig über ihr Wahlprogramm. Klar ist vor allem, was nicht darin stehen soll«, kommentierte die »Wirtschaftswoche« (23.4.09).

Von den Christdemokraten kam natürlich Widerspruch zu solchen Kommentaren. Bekanntlich gilt Uneinigkeit als das größte Manko einer Partei, die Anspruch auf die nationale Führungsrolle erhebt. Mit Streit und Zaudern habe das Agieren von CDU und CSU nichts zu tun, hieß es dort; es sei sinnvoll, sich für das Programm Zeit zu lassen. Erst Ende Juni, so der Stand im Mai, soll das gemeinsame Wahlprogramm stehen. Es werden also Termin und Art der Verabschiedung selber zu einem Politikum im Vorwahlkampf. Für die entsprechend geneigte bzw. abgeneigte Presse »zeigt die Union im Superwahljahr 2009 ein Bild der Zerrissenheit. Während die SPD ihr Wahlprogramm mit Pauken und Trompeten präsentierte hat und Einigkeit demonstriert, ringen die Spitzen von CDU und CSU in wichtigen Fragen nach wie vor um den richtigen Kurs.« (»Wirtschaftswoche«)

Bildung

Interessant sind die Aussagen in den Wahlprogrammen nicht, weil man sie für bare Münze nehmen darf. Interessant sind sie, weil sie als Dokumente der Politikvermittlung allgemeine Kursbestimmungen verdeutlichen und so zum Gesamtbild beitragen (vgl. »Schlagworte der Weiterbildung – Die Parteien äußern sich zur Bildungspolitik« in EB 1/08). Bildung ist heute ein Muss, sie ist, wie die SPD in ihrem als »Entwurf des Regierungsprogramms« vorgestellten Papier unterstreicht, »Menschenrecht«. Man kann dies nach dem Besuch des UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechtsfragen, der im deutschen Bildungswesen deutliche Defizite feststellte, auch als ein Eingeständnis lesen. Besserung wird versprochen – man fragt sich nur, wer für all die Missstände, die jetzt bekannt werden, Verantwortung getragen hat. Bemerkenswert ist, dass von der SPD Positionen formuliert werden, die die Kritik an der Fixierung auf Beschäftigungsfähigkeit aufnehmen, zumindest im Grundsätzlichen: »Allgemeine, politische und kulturelle Bildung vermittelt den Menschen Grundorientie-

rungen und Kompetenzen. Dies macht es ihnen möglich, den politischen und gesellschaftlichen Wandel in unserer Gesellschaft aktiv mitgestalten zu können.« (SPD, Nr. 4)

Dass die aktive Mitgestaltung aber nicht idealistisch als Bürgerkompetenz missverstanden werden darf, sondern als Beitrag zur Standortpolitik gewürdigt werden muss, diesen Realismus findet man dann wieder in den meisten Programmen, so im Bundestagswahlprogramm 2009 von Bündnis 90/Die Grünen (Entwurf, 14.5.2009, Nr. 4): »Bessere Bildung ist zentral für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Wissenschaft.« Es ist für die gegenwärtige Lage überhaupt charakteristisch, dass die konkreten Vorschläge zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien in weiten Teilen austauschbar sind. Nur die Linkspartei bringt mit ihrer Kritik am dreigliedrigen Schulsystem, an der Selektivität und Ungerechtigkeit des deutschen Bildungssystems tendenziell ein anderes Konzept ins Spiel; mit der Diskussion dieses Konzeptes hat sie auf ihrem ersten bildungspolitischen Kongress 2007 begonnen, wobei Fragen der Schulpolitik im Vordergrund standen (vgl. EB 1/08).

Doch auch die Linkspartei bewegt sich nicht außerhalb des großen bildungspolitischen Konsenses in Deutschland, wie dies Ende 2008 eine Beschwerde der bildungspolitischen Sprecherin der Linkspartei im Deutschen Bundestag, Nele Hirsch, deutlich machte. Hirsch monierte, dass Bundesbildungsministerin Schavan den »Vorschlag der LINKEN zu einem bildungspolitischen Infrastrukturprogramm gegen die drohende Rezession« abgeschrieben habe: »Anstatt nachträglich abzuschreiben, hätte Ministerin Schavan auch einfach den Anträgen der LINKEN in der Haushaltsdebatte zustimmen können« (zit. nach ZLB 3/09). Die LINKE wird übrigens ihr Wahlprogramm wie die CDU/CSU erst Ende Juni der Öffentlichkeit vorlegen.

Die FDP (»Bildung ist Bürgerrecht«) nimmt noch am ehesten eine Gegenposition zur Aufwertung der öffentlichen Bildungsaufgabe ein, falls ihr

Programm nicht in der Schlussphase – der allgemeinen Absage an die »neoliberalen« Politikkonzeption folgend – stärker an den Zeitgeist angepasst wird: »Wir brauchen ein flexibles Bildungssystem, das von den Fesseln der staatlichen Überregulierung und der Bürokratisierung befreit ist.« (Deutschlandprogramm, Entwurf vom März, Nr. 4) Mehr Wettbewerb, mehr Deregulierung, mehr Privatisierung (Gründung einer Deutschen Bundesstiftung Bildung), mehr Nachdruck auf be-

ruflicher Qualifizierung – das sind Kernpunkte aus dem FDP-Programm. Erwachsenenbildung ist hier als berufliche Weiterbildung eingeordnet. Der Leitgedanke liberaler Bildungspolitik lautet: »Wir brauchen ein Bildungssystem, das sich an den Lebensphasen eines Menschen ausrichtet und dafür spezifische Angebote entwickelt. Wir müssen die Chancen der frühkindlichen Förderung konsequent nutzen, mit neuen Lernformen in der Schulzeit Ernst machen und Potenziale der

Älteren besser als bisher durch altersgerechte Weiterbildung erhalten.« (Ebda.)

Weiterbildung

Eine ähnliche Einordnung der Erwachsenen- und Weiterbildung findet man im SPD-Programm. Dort spielt nach den allgemeinen Positionsbestimmungen, die auch auf erwachsenenpädagogische Herausforderungen wie Migration und Integration eingehen, die Weiterbildung keine besondere Rolle mehr. Es bleibt bei der Bekräftigung von Grundpositionen zum lebenslangen Lernen: »Das Menschenrecht auf Bildung endet nicht mit dem Erwachsenwerden. Wer es im ersten Anlauf nicht geschafft hat und einen erneuten Versuch machen möchte, der verdient das Recht auf eine zweite und dritte Chance. Bildung muss immer möglich sein – ein Leben lang, auch nach der Erwerbsphase. Wir bekennen uns zu Bildung als öffentlichem Gut und sehen Staat und Politik in der Verantwortung, mehr Bildung für alle von Anfang an und ein Leben lang zu organisieren.« (SPD, Nr. 4) Wenn Weiterbildung im konkreten Maßnahmenkatalog anklingt, trifft man wieder auf die bekannte Engführung unter dem Prinzip der Beschäftigungsfähigkeit. So wird etwa versprochen, »dass wir ausreichend Geld in die Bildung investieren, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen« (ebda.).

Die Bündnisgrünen haben der Weiterbildung einen ganzen Abschnitt (Entwurf, Nr. 4) gewidmet, der mit seiner Überschrift »Weiter bilden – weiter kommen« den Bezug zur beruflichen Bildung gleich unübersehbar heraustellt: »Wir wollen Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen für alle Menschen möglich und attraktiv machen. Wer die Schule abgebrochen hat, soll eine zweite Chance bekommen, der ungelernte Monteur einen Abschluss nachholen können und die 50-Jährige bei ihrem Wunsch nach Qualifizierung unterstützt werden. Zentrale Voraussetzung dafür ist die Einführung eines Erwachsenen-BAföG, das keine Altersgrenzen und Berufs-

Interesse von Männern an Glaube und Kirche

Das Interesse von Männern an Religion, Glaube und Kirche ist gewachsen. Das belegt die empirische Studie »Männer in Bewegung – 10 Jahre Männerentwicklung in Deutschland«, die am Mittwoch, 18. März, in Berlin vorgestellt wurde. Für Hans Prömer, Leiter der Katholischen Erwachsenenbildung Frankfurt und Mitglied im Kommentatorenkreis der Studie, eröffnet die aktuelle Erhebung neue Perspektiven für die katholische Männerarbeit auch im Bistum Limburg.

»Viele Männer erwarten wieder etwas von der Kirche«, betont Prömer. Als einer der Ansprechpartner für Männerfragen im Bistum Limburg entwickelt und betreut er spezifische Angebote für männliche Zielgruppen. Das gewachsene Bewusstsein der katholischen Kirche für die Bedürfnisse und Wünsche von Männern sieht Prömer durch die jüngste Datensammlung gestützt: »Ich erlebe in zunehmenden Maße, dass Männer für Angebote der Kirche ansprechbar sind.« Als Ermutigung für die kirchliche Männerarbeit bewertet Prömer neben dem generellen Zuwachs an religiösem Interesse unter Männern (Selbsteinschätzung als religiös: + 2 Prozentpunkte, Wichtigkeit der Religion für das eigenen Leben: + 12 Prozentpunkte) die deutlich gestiegene Kirchensympathie unter religiösen Männern.

Urheber der neuen Studie, die dem Wesen des Mannes mit Blick auf vielfältige Lebensfelder auf den Grund geht, sind der Düsseldorfer Sozialwissenschaftler Rainer Volz und der Wiener Pastoraltheologe und -soziologe Paul Michael Zulehner. »Männer in Bewegung« schließt an eine Untersuchung der beiden Autoren von 1998 an und vergleicht die aktuellen Daten mit denen von vor zehn Jahren. Auftraggeber der Studie sind die Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD) und die Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die repräsentative Befragung von 1.470 Männern und 970 Frauen wurde vom Bundesfamilienministerium gefördert.

Allerdings müssen die Daten differenziert betrachtet werden: So ist etwa das Interesse an Glaube und Kirche je nach Lebensumstand und Alter des Mannes sehr unterschiedlich ausgeprägt, zurückgegangen oder gewachsen. Außerdem stehen den Männern, die sich als religiös bezeichnen (39 Prozent) nahezu gleich viele gegenüber, für die das nach eigener Einschätzung nicht zutrifft (37 Prozent). Hinzu kommen jene, die sich der Gruppe der Atheisten zuordnen (24 Prozent).

Die Studie ist kostenlos erhältlich beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als Band 6 der Forschungsreihe des Ministeriums bzw. steht im Internet im Bereich Publikationen als Download zur Verfügung: www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationsliste,did=121150.html.

beschränkungen kennt. Durch einen Mix von Zuschüssen und Darlehen können Berufsabschlüsse nachgeholt und Weiterbildungen finanziert werden. Außerdem sollen Arbeitszeitkonten für Weiterbildung genutzt werden. Sie müssen beim Arbeitsplatzwechsel mitgenommen werden können und gegen Insolvenz geschützt sein. Individuelles Bildungssparen soll für alle Menschen ähnlich wie das Bausparen möglich sein und vor allem für Geringverdiener besonders staatlich gefördert werden. Nötig sind außerdem eine gute Bildungsberatung für alle, die über passende Angebote und Finanzierungsmöglichkeiten informiert, und besondere Beratungsangebote für kleine und mittlere Betriebe, damit die betriebliche Weiterbildung ausgeweitet wird.«

Wie gesagt, die konkrete bildungspolitische Linie der Zukunft wird in solchen Programmaussagen nicht erkennbar; was von den allseits bekannt gemachten Defiziten abgebaut werden soll, wo die Prioritäten gesetzt werden und wohin die Reise letztendlich geht, das wird an anderer Stelle entschieden. Insofern bietet das Bildungsthema Material für die klassischen Wahlversprechen, die Hoffnung verbreiten und Zutrauen schaffen sollen, die also, anders gesagt, viel heiße Luft enthalten. Da, wo die Wahlkämpfer auf Bildungsexperten treffen, wie etwa beim GEW-Gewerkschaftstag Ende April 2009, wird die Sache auch eher ungemütlich für die konkurrierenden Hoffnungsträger mit ihren Visionen und Versprechen. Die GEW hatte alle Parteien zur Vorstellung ihrer bildungspolitischen Konzeptionen eingeladen, was CDU/CSU mit einer Absage quittierten, während etwa Steinmeier eine Vereinnahmungsstrategie versuchte. Die Delegierten machten dieses Spiel jedoch nicht mit, sondern fragten danach, wer ihnen die Suppe eingebrockt hat, die jetzt alle so mutig auslöffeln wollen.

Doch man würde dem bundesdeutschen »Yes, we can« Unrecht tun, wenn man es nur unter der Kategorie der Wahlversprechen abbuchte. Eins kann man nämlich festhalten,

was den Mainstream der »Bildungsrepublik« Deutschland betrifft: Früher wurde Bildung selbstbewusst aus dem Blickwinkel eines Export- und Innovationsweltmeisters als Ressource im Standortwettbewerb verplant und nach Effizienzkriterien durchgemustert, heute wird sie besorgt als Faktor in

der internationalen Krisenkonkurrenz und der nationalen Schadensabwicklung taxiert. Das mag im Einzelnen zu unterschiedlichen Konsequenzen führen, an der Funktionalisierung der Bildungsarbeit ändert es nichts.

Johannes Schillo

Preis Politische Bildung

Am 5. Mai 2009 vergab der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) zum ersten Mal den mit insgesamt 16.000 Euro dotierten Preis Politische Bildung. Der bap zeichnete mit dem neu ins Leben gerufenen Preis für die Jugend- und Erwachsenenbildung vier Projekte aus, die nachhaltig die demokratische politische Kultur unterstützen. Zum Auftakt standen Sozial- und Bildungsbenachteiligte mit Migrationshintergrund im Mittelpunkt. Gefördert wird der Preis, der künftig alle zwei Jahre mit wechselndem thematischem Schwerpunkt verliehen wird, vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (siehe www.bap-politischebildung.de). Schirmherr ist Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert, der auch die Festrede bei der Preisverleihung in Berlin hielt. Die gut besuchte Veranstaltung war gleichzeitig der Auftakt zu den bundesweiten Aktionstagen Politische Bildung, die in diesem Jahr zum fünften Mal stattfanden.

Der Preisverleihung war die Mitgliederversammlung des Bundesausschusses vorausgegangen, in dem auch die katholische Erwachsenenbildung mitarbeitet. Ein wichtiger Diskussionspunkt war dabei die Entwicklung eines Nationalen Qualifikationsrahmens (NQR) für den gesamten Bildungsbereich, der der deutschen Politik durch die Entscheidungen auf europäischer Ebene aufgegeben ist (vgl. zuletzt EB 4/08). Der Anstoß dazu kam aus der abschlussbezogenen Bildung, doch soll der Rahmen auch dazu beitragen, den Wert non-formaler

und informeller Bildung hervorzuheben und Vergleichbarkeit mit formal erworbenen Bildungsleistungen herzustellen. Hermann Nehls vom DGB-Bundesvorstand, der im Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen mitarbeitet, gab beim bap-Plenum einen Überblick über die Entwicklung dieses bildungspolitischen Instrumentariums und monierte auch den »technokratischen Zungenschlag«, der hier von Anfang an festzustellen gewesen sei.

Qualifikationsrahmen

Zugleich wies Nehls auf zwei Punkte hin, die für die außerschulische Bildung von Bedeutung seien. Erstens sei die Umsetzung inzwischen in allen EU-Ländern in Angriff genommen worden; bildungspolitisch werde sich dieser Trend, der auch die non-formale, d.h. außerschulische Bildung umfassen soll, nicht mehr umkehren lassen. Zweitens legte Nehls Wert auf die Feststellung, dass in den Qualifikationsrahmen trotz seiner Fixierung auf die Abschlüsse des formalen Bildungssystems das Konzept »ganzheitlicher Handlungskompetenz« Eingang gefunden habe. Der NQR sei damit für die Anliegen der politischen Erwachsenenbildung anschlussfähig. Als Ergebnis der Beratungen wurde festgehalten, dass sich die bap-AG Grundsatzfragen weiter mit diesem Thema befassen und klären soll, wie sich Kompetenzen und Kompetenzerwerb in der außerschulischen politischen Bildung bestimmen, beschreiben und nachweisen lassen und welche Elemente oder Module im Rahmen des bap konsensfähig sind. *js*

11. BUNDESKONGRESS ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Entgrenzungen und neue Grenzen

Entgrenzung – das war das große Thema der Globalisierungsära, die jetzt, zumindest als bestimmter politischer Diskurstyp, zu Ende geht. Die grenzenlose Verflechtung von wirtschaftlichen Aktivitäten ist nicht länger eine Verheißung für das Global Village, sondern gilt seit dem Manifestwerden der Finanzkrise als fatales Faktum. Entgrenzungen – so lautete auch das Motto des 11. Bundeskongress zur politischen Bildung, der vom 12. bis 14. März 2009 in Halle stattfand und der die neuen Entwicklungen für die pädagogische Profession bilanzierte.

Kooperation

Veranstaltet werden die Bundeskongresse von der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVPB) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), wobei allerdings – gemäß DVPB-Ausrichtung – schulische Belange im Vordergrund stehen. Doch ist die allgemeine Diskussion politischer Trends, sozialwissenschaftlicher Befunde und didaktischer Herausforderungen in gleicher Weise für die Erwachsenenbildung von Interesse. Diese wird bei den Kongressen auch regelmäßig im Blick auf Referenten oder Themenstellungen berücksichtigt, und sie kann einiges einbringen. In Halle waren bei den Workshops etwa Benedikt Widmaier (Haus am Maiberg) aus der katholischen Erwachsenenbildung oder Dr. Stefan Rappenglück (Forschungsgruppe Jugend und Europa) aus dem Bundesausschuss Politische Bildung vertreten. Zudem wurden in den Workshops spezielle Erfahrungen der außerschulischen Szene zur Sprache gebracht, so beim Thema Rechtsextremismusprävention, über das Ulrich Doevermann von der Bundeszentrale informierte. Und nicht zuletzt ist für die außerschulische politische Bildung der

Kongress eine Kontaktbörse, um mit engagierten Lehrern und Lehrerinnen ins Gespräch zu kommen.

Rund 500 Teilnehmende kamen in die Universität Halle, wo die meisten Arbeitskreise und Workshops stattfanden. Eröffnet wurde der Kongress mit einer Plenarveranstaltung. Der Präsident der Bundeszentrale, Thomas Krüger, und DVPB-Vorsitzender Prof. Dirk Lange erinnerten bei der Einführung an die zeitgeschichtliche Dimension des Kongressthemas: Als vor 20 Jahren die ehemals festgefügte Ost-West-Grenze in Deutschland und Europa verschwand, erschien das manchem Kommentator als das »Ende der Geschichte«. Inzwischen ist man klüger und weiß, dass da, wo Grenzen fallen, neue Probleme entstehen. Krüger wies auch darauf hin, dass die Profession selber mit der Notwendigkeit der Entgrenzung konfrontiert ist. Politische Bildung müsse sich über Fachgrenzen hinweg mit den Fragen unseres Zusammenlebens befassen, etwa ganz konkret im Blick auf den Schulalltag, der, siehe den Fall Winnenden, nicht zu einem Kampfplatz von Gewinnern und Verlierern mutieren dürfe – eine Aufgabe, bei der gerade auch die Unterstützung der Jugend- und Erwachsenenbildung gefragt ist.

Globalisierung

Prof. Lange stellte die Dringlichkeit des Themas Globalisierung angesichts von Finanz- und Wirtschaftskrise heraus und bezog damit auch Stellung zur Debatte über das Verhältnis von ökonomischer und politischer Bildung, die in den letzten Jahren, unterstützt durch die Wirtschaftslobby, wieder Auftrieb erhalten hat. Der DVPB-Vorsitzende, der in Halle übrigens in seinem Amt bestätigt wurde, votierte für die Integration der Ökonomie in die politische Bildung und

sprach sich gegen die Kreation eines neuen »Markt-affinen« Fachs Wirtschaftskunde aus. Die Herausbildung eines transnationalen Wirtschaftsprozesses, dessen bedenkliche Interdependenz sich in der Krise zeigt, war ein wichtiges Thema der Beratungen in Halle und zog sich als roter Faden durch verschiedene Veranstaltungen. Paradigmatisch war die Diskussion in der Sektion 7 »Entgrenzte wirtschaftliche Freiheit oder grenzüberschreitende Ordnungspolitik?«. Prof. Ulrich Blum vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle versuchte, nachdem Prof. Maria Behrens, Universität Wuppertal, auf das Fehlen einer Global Governance in der Welthandelspolitik aufmerksam gemacht hatte, die Skepsis gegenüber staatlicher Regulierung und das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes mit allen Mitteln zu nähren, wofür er auch Ausflüge in die Geschichte oder die Mythologie heranzog. Für Blum erklärte sich das Debakel an den Finanzmärkten als Ausdruck einer anthropologischen Konstante, der zufolge der Mensch immer an seine Grenzen geht und erst durch Trial and Error das Machbare herausfindet. Staatliche Regulierung habe hier keine großen Chancen, da sie notwendigerweise zu spät komme: Erst wenn der Krisenfall eingetreten sei, zeige sich, wo die Regulierung hätte ansetzen müssen.

Sven Giegold, Mitbegründer von Attac Deutschland und Kandidat der Grünen für die Europawahl, nahm hierzu eine entschiedene Gegenposition ein. Er zog aus den »vier großen Plagen der Globalisierung« (Elmar Altvater) – aus der Klimakatastrophe, der Verknappung der Ressourcen, der sozialen Polarisierung sowie der Finanz- und Wirtschaftskrise – den Schluss, dass der staatlich herbeigeführte grenzüberschreitende Handel und Kapitalverkehr die Wohlfahrt der

Menschen nicht befördert, sondern eine desaströse Situation herbeigeführt habe. Der – internationalisierte und deregulierte – Markt habe die in ihn gesetzten Erwartungen definitiv nicht erfüllt; seine Leistungsfähigkeit sei, so der empirische Nachweis im Weltmaßstab, eindeutig überschätzt worden. Daher sei jetzt, wie sich auch als Konsens in unterschiedlichen politischen Lagern ergeben habe, die Rückkehr zur Regulierung angebracht, wobei Giegold vor allem auf die Notwendigkeit einer transnationalen Koordination abhob.

Die Diskussion auf dem Kongress (verantwortlich für die Vorbereitung in der bpB: Petra Grüne) fächerte sich in über 30 Einzelveranstaltungen auf, in denen Theoretiker und Praktiker der Bildungsarbeit Thesen, Konzepte und Erfahrungen zur Diskussion stellten. Einzelheiten zum Programm sind auf der Homepage der Bundeszentrale (www.bpb.de/bundeskongress) einsehbar.

js

Interesse stark gestiegen

Das Weiterbildungsinteresse in Deutschland ist seit Jahresbeginn deutlich angestiegen. Dies zeigt ein neuer Index des InfoWeb Weiterbildung – www.iwwb.de –, der Suchmaschine für Weiterbildungskurse des Deutschen Bildungsservers. Für den Index werden die Besuche bei Weiterbildungsdatenbanken seit Sommer 2008 ausgewertet. Besuche bei Weiterbildungsdatenbanken, in denen nach Kursen und anderen Weiterbildungsangeboten, wie z.B. eLearning gesucht wird, sind ein unmittelbarer Ausdruck des Weiterbildungsinteresses in der Bevölkerung. Dieses Interesse zeigt der Index an; der Verlauf seiner Werte seit Juli 2008 und eine dazugehörige Grafik ist zu finden unter www.bildungsserver.de/link/iwwb_wbinteresse_02_2009.

„Wozu Gott?“

Neues Funkkolleg Religion

Radiowellen kennen bekanntlich keine Grenzen, schon gar nicht Landesgrenzen. Per Kabel sind die Sender ohnehin in bester Qualität zu empfangen, und das Internet ist global verfügbar. So dürfte es über Hessen hinaus, zumal für die Kirchliche Erwachsenenbildung, von Interesse sein, dass der Hessische Rundfunk ein Funkkolleg »Religion und Gesellschaft« ab Herbst 2009 anbietet. Gesendet wird ab dem 31. Oktober auf hr2-kultur unter dem Titel »Wozu Gott? Religion zwischen Fundamentalismus und Fortschritt«.

Zielsetzung

Der HR schreibt dazu: »Längst ist klar, dass die Religion aus der Moderne nicht verschwinden wird. Wir erleben vielmehr eine machtvolle Rückkehr religiöser Phänomene. Sind die Kirchen unverzichtbare Netzwerke der Nächstenliebe und Solidarität? Ist Religion der notwendige Kitt eines modernen Gemeinwesens? Kann Religion die Zumutungen eines entfesselten Kapitalismus dämpfen? Ist ohne den Rückgriff auf eine religiöse Letztbegründung alles erlaubt? Was für die einen die Rückkehr zu unverzichtbaren Glaubensgrundsätzen ist, kommt für andere einer Bedrohung des demokratischen Pluralismus gleich. Jeder Monotheismus, so die Befürchtung, setzt irrationale Gewaltpotenziale frei – vom Kampf der Kulturen bis zu Glaubenskämpfen im öffentlichen Raum. Gleichzeitig lässt sich eine wachsende Tendenz zu Patchwork-Religionen und spirituellem Pluralismus beobachten: Der Einzelne wird sein eigener Religionskomponist. Das neue Funkkolleg untersucht, welche Konsequenzen die Renaissance des Religiösen in einer postsäkularen Gesellschaft zeitigt: von der Wissen-

schaft bis zur Kunst, von der Soziallehre bis zur Cyberchurch, von der Neurotheologie bis zur Populärkultur.«

Themenspektrum

Geplant sind 24 Sendungen, nicht akademisch trocken von Wissenschaftlern, sondern »radiofoniegeeignet« aus der Feder von Wissenschaftsjournalisten, in sechs Blöcken mit Titeln wie:

»Ich bin dann mal fromm – Weltflucht oder Gotteserfahrung?« (Block: Der innere Mensch)
»Die erkaltete Moderne – Religion als Sinnressource?« (Block: Gott und Vernunft)
»Gott als Hirngespinst? – Neurotheologie und Hirnforschung« (Block: Gott und Wissen)
»Kopftuch, Kreuz und Minarett – Glaubensstreit im öffentlichen Raum« (Block: Gott und Politik)
»Großkonzerne der Nächstenliebe – Netzwerke der Solidarität?« (Block: Gott und Gesellschaft)
»Gott goes Pop – Ersatzreligionen der Gegenwart« (Block: Gott und Kultur)
Zum Verständnis der Reihe ist wichtig zu beachten, dass es kein Funkkolleg »Theologie« ist; daher heißt es nun auch »Religion und Gesellschaft«!
Das Funkkolleg beginnt am Samstag, dem 31.10.2009. Die letzte Sendung wird am 15.5.2010 ausgestrahlt, dazwischen wird es eine Weihnachtspause (19.12.2009 – 15.1.2010) und eine Osterpause (27.3. – 17.4.2010) geben. Gesendet wird jeweils samstags, 9.25 Uhr, auf hr-2 mit Wiederholung auf hr-info, am Sonntag um 10.05 Uhr, als halbstündige Sendung.

Zu der Reihe wird es einen Reader geben (im Verlag der Weltreligionen/Suhrkamp) mit verschiedenen Texten von Robert Spaemann über Jürgen Habermas bis Reinhard Marx und Hans-Joachim Höhn. Begleitend wird

eine Homepage geschaltet (www.funkkolleg.de). Allerdings werden die Manuskripte der Sendungen nicht im Internet veröffentlicht. Die Sendung kann jedoch als Podcast heruntergeladen werden, ebenso wird es nach den Sendungen Zusammenfassungen zum Herunterladen geben. Die Internetplattform soll ab Juni 2009 stehen. Am Ende der Reihe werden die Sendungen, teils überarbeitet, als Textband erscheinen.

Wie das System funktioniert, kann man am Beispiel des gerade auslaufenden Funkkollegs Psychologie 2008/2009 (gleichfalls unter: www.funkkolleg.de) sehen. Bereits jetzt ist die hr-Homepage eine interessante Podcast-Fundgrube, etwa zu Gottesbeweisen unter dem Titel »Streit um Gott« (unter: www.hr-online.de/website/radio/hr2/index.jsp?rubrik=34230).

Beim Funkkolleg ist es auch möglich, ein Abschlusszertifikat zu erwerben. Bis Ende Januar 2010 kann man sich als formeller Teilnehmer anmelden. Die erste Prüfung dazu wird am 20.2.2010 sein. Selbstverständlich gilt dies auch für Interessenten außerhalb Hessens. Die Klausuren allerdings sind bislang nur für hessische Orte geplant.

Kooperation mit der Erwachsenenbildung?

Für die Erwachsenenbildung ergibt sich die Möglichkeit, die Aufmerksamkeit, die sich auf das Funkkolleg und auf das Thema richtet, zu nutzen:

- für einzelne Veranstaltungen, gerade in der Sendephase, oder
- für mehrere begleitende Veranstaltungen (Begleitzirkel, Tageskurse, Einzelvorträge, Diskussionen, Wochenendseminare) oder lediglich
- im Blick auf das Material (Podcast, Reader, Abschlussband).

In Hessen gibt es weitere Kooperationsmöglichkeiten mit der Rundfunkanstalt, über die der Vorstand der KEB Hessen im Gespräch mit dem HR ist: von Hinweisen auf EB-Begleitzirkel oder -Veranstaltungen auf der Homepage bis zu gemeinsamen Tagungen und Sendemitschnitten.

Hartmut Heidenreich

Medienpädagogisches Manifest

Die dauerhafte und nachhaltige Verankerung der Medienpädagogik in allen Bildungsbereichen haben in einem Medienpädagogischen Manifest zentrale medienpädagogische Einrichtungen gefordert – die Kommission Medienpädagogik in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, die Fachgruppe Medienpädagogik in der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur, das JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis sowie das Hans-Bredow-Institut für Medienforschung, auf dessen Website (www.hans-bredow-institut.de) der Text des Manifests z.B. erhältlich ist. Das Manifest wurde am 21. März 2009 auf einer Konferenz in Magdeburg verabschiedet.

Die wichtigsten Fachverbände und Einrichtungen im Bereich der Medienpädagogik fordern darin eine medienpädagogische Grundbildung als verbindlichen Bestandteil der Ausbildung pädagogischer Fachkräfte, verstärkte Anstrengungen in den Einrichtungen der Elementarpädagogik, der Schule sowie der Jugend- und Erwachsenenbildung. Nachhaltig auszubauen sei die Medienpädagogik an den Hochschulen, um einer qualitativ hochwertigen Forschung und Reflexion über die Medien das notwendige Gewicht zu geben. Einen besonderen Schwerpunkt sollen medienpädagogische Angebote für Heranwachsende aus Migrationskontexten und bildungsbenachteiligten Milieus sowie Angebote zur geschlechtersensiblen Arbeit darstellen. Medienpädagogik sei in der außerschulischen Jugendarbeit und Jugendbildung erheblich mehr zu fördern als bisher.

Die Verfasser/innen des Manifests betonen, dass die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise nicht nur durch kurzfristige Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Nachfrage und der Regulierung der Finanzmärkte überwunden werden kann. So fordern die Unterzeichner/innen des Manifests nachhaltiges bildungspolitisches Handeln: »Wer neue gesellschaftliche Perspektiven – auch für die Wirtschaft – eröffnen möchte, der muss viel deutlicher als in der Vergangenheit auf Wachstum in den Bereichen Bildung und Kultur setzen. Bildung mit und über Medien gehört zentral dazu. In einer Situation, in der nahezu alle Fragen medial kommuniziert werden und gerade junge Menschen sich der Medien für ihre Orientierung und Identitätsbildung bedienen, bedarf es klarer Signale, um Medienpädagogik dauerhaft in allen Bildungsbereichen zu verankern!« (Prof. Horst Niesyto, PH Ludwigsburg)

Das Manifest spricht dabei viele Punkte an, auf die auch in der Erwachsenenbildung Nachdruck gelegt wird. Zur gesellschaftlichen Entwicklung heißt es: »Die sozialen und kulturellen Auswirkungen globalisierter Medienwelten und die Entwicklung der Gesellschaft zu einer allumfassenden Informations- und Mediengesellschaft fordern den gesamten Bildungsbereich und damit auch die Medienpädagogik auf neue Weise heraus.« Medienkompetenz wird im Manifest in einem erweiterten Sinne definiert, wie dies auch in der außerschulischen politischen Bildung geschieht. Sie wird nicht nur auf die Fähigkeit zur passiven und aktiven Nutzung bezogen, sondern schließt die kulturell-kommunikative, ökonomische und politische Dimension sowie die Medienkritik mit ein.

js

Jesuiten verlassen Rahner Akademie

Die Jesuiten ziehen sich aus der Leitung der Karl Rahner Akademie in Köln zurück. Das beschloss der Orden gemeinsam mit dem Akademieträger, dem »Katholischen Männerwerk der Stadt Köln«, wie Leiter Pater Werner Holter und der Männerwerk-Vorsitzende Winfried Pesch mitteilten. Träger und Orden hätten zuletzt unterschiedliche Vorstellungen über das Akademieprofil gehabt, sagten beide. Holter werde sich künftig als Pfarrer der benachbarten »Kunststation« Sankt Peter auf die Seelsorge konzentrieren. Man suche nach neuen Kooperationsformen zwischen Orden und Akademie, die ihre Arbeit fortsetzen will.

Der Orden wird die zugesicherte finanzielle Unterstützung über 2010 hinaus nicht fortführen. Das habe rein finanzielle Gründe. Der Orden mude auch seinen eigenen Werken zu, sich mittelfristig selbst zu tragen. Da das Männerwerk mit Einstellung der Ordenszahlungen einen Jesuiten als Leiter nicht mehr bezahlen könne, wäre er Ende 2010 ohnehin ausgeschieden, so Holter.

Die Akademie war 2005 finanziell unter Druck geraten, weil das Erzbistum Köln den Jahreszuschuss von 420.000 Euro im Rahmen des Sparpakets »Zukunft heute« gestrichen hatte.

Zu den Meinungsunterschieden über das Akademieprofil führte der Vorsitzende Pesch aus, das Männerwerk verstehe die Einrichtung vor allem als Forum »zur Auseinandersetzung über Zeit- und Streitfragen aus christlicher Perspektive auf hohem Niveau und im offenen Diskurs«. Der Orden habe sich dagegen mehr auf die Vermittlung religiösen Grundwissens konzentrieren wollen. Pater Holter unterstrich, sein Ausscheiden sei »weder Protest noch Resignation, sondern Konsequenz aus unterschiedlichen Sichtweisen für die Gestaltung einer zukunftsähigen Akademie«. Es gebe aber weder vom Papst noch von Kardinal Joachim Meisner »irgendwelche Bedingungen an den Orden«.

KBE im Nationalen Forum für Engagement und Partizipation

Am 27. April 2009 konstituierte sich im Deutschen Bundestag das Nationale Forum für Engagement und Partizipation mit einem ersten Fachkongress. Begrüßt von Dr. Michael Bürsch (MdB, Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement) und Gerd Hoofe (Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) fanden auf Einladung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement über 300 Expertinnen und Experten aus Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft – darunter die KBE – zusammen, um die von der Bundesregierung geplante Entwicklung einer nationalen Engagementstrategie fachlich zu begleiten. Hierfür wurden in zehn Dialogforen erste Eckpunkte für eine engagementpolitische Agenda erarbeitet. Am 15. Mai 2009 setzten die Mitglieder der Dialogforen in einem zweiten Fachkongress ihre Arbeit fort, um die Schwerpunktsetzungen des ersten Kongresses in eine engagementpolitische Agenda zu überführen. Die Agenda wurde Anfang Juni der Bundesregierung übergeben, um den Prozess der Vorbereitung einer Nationalen Engagementstrategie zu begleiten.

VON PERSONEN

Prof. Dr. Max Fuchs, Direktor der Akademie Remscheid, wurde im März 2009 als Präsident der Deutschen Kulturrates bestätigt. **Christian Höppner** und **Dr. Georg Ruppelt** sind erneut Stellvertreter.

Ulrich Thöne steht weiterhin an der Spitze der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Hans Tietgens ist am 8. Mai im Alter von 86 Jahren gestorben. Tietgens leitete von 1960 bis 1991 die Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (PAS), aus der das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) hervorgegangen ist.

Dr. Judith Könemann, Leiterin des Schweizerischen Pastoralsoziologischen Instituts (SPI) und Mitglied im Redaktionsteam der *Erwachsenenbildung* ist zur Professorin für Praktische Theologie mit Schwerpunkt religiöser Bildungsprozesse an der Westfälischen-Wilhelms-Universität in Münster berufen worden. Bischof Gebhard Fürst hat **Verena Wotke-Werner** (48) zur neuen Direktorin der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart ernannt. Die promovierte Theologin ist seit 2000 Leiterin und Geschäftsführerin des Bildungswerks der Diözese Rottenburg-Stuttgart und zugleich Leiterin des Fachbereichs Bildungsmanagement/Andragogik der Hauptabteilung »Kirche und Gesellschaft« (XI) des Bischöflichen Ordinariats. Sie tritt ihre neue Stelle als Akademiedirektorin im November 2009 als Nachfolgerin von **Dr. Abraham P. Kustermann** an, der altershalber in den Ruhestand geht.

Auch in der Leitung des Heinrich Pesch Hauses Ludwigshafen gibt es einen Wechsel: **Pater Tobias Karcher SJ** gibt die Leitung des kirchlichen Bildungszentrums Ende August 2009 ab und übernimmt die Verantwortung für das Lassalle Haus, das Zentrum für Spiritualität, Dialog und Verantwortung der Schweizer Jesuitenprovinz in Bad Schönbrunn (Kanton Zug). Sein Nachfolger in Ludwigshafen wird ab September 2009 **Pater Johann Spermann SJ**. Von September 2001 bis September 2008 leitete Pater Spermann die katholische Hochschulgemeinde in Würzburg.

Frank Summen ist neuer Direktor der KEB in der Diözese Hildesheim. Gleichzeitig wurde er Leiter der Geschäftsstelle in Braunschweig. Summen, vorher pädagogischer Mitarbeiter in der Akademie Klausenhof, übernahm seine neue Funktion von **Heinz Niepötter**, der neuer leitender Direktor der Katholischen Erwachsenenbildung im Lande Niedersachsen wurde.